

Beschluss Eine Schule für Alle von Klasse 5 - 10!

Antragsteller*in: Günter Hermkes (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das
Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 **Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive**
2 **Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die**
3 **Wähler*innen**

4 Es gibt nach wie vor keinen vernünftigen Grund, Kinder im Alter von 10 Jahren
5 auf verschiedene Schultypen aufzuteilen.

6 **Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um**
7 **(z.B. Verkehrswende)?**

8 mehr Chancengerechtigkeit und inklusives Lernen für alle.

9 **Chancen UND Schwachstellen/Angriffspunkte mit**
10 **Blick auf Wähler*innen und Bündnispartner*innen**

11 Es gibt nur Chancen. In Köln z.B. fehlen jährlich zwischen 700 und 1000
12 Gesamtschulplätze. In anderen Städten/Regionen in NRW sieht das ähnlich aus. An
13 den Gymnasien fehlen keine Plätze, die Kinder der Eltern mit Gymnasialwunsch
14 haben alle einen Platz erhalten. Die anderen Schulformen haben mehr als
15 ausreichend Plätze, sie werden erst durch die von Gesamtschulen abgewiesenen
16 Kinder aufgefüllt.

17 **Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des**
18 **grünen Profils, worin die Möglichkeit der**
19 **kommunikativen**

20 Wann sonst haben die verschiedenen Schichten und Begabungen die Möglichkeit
21 gemeinsam zu lernen, zu leben, zu spielen, sich kennenzulernen, sich zu
22 akzeptieren?

23 **Wie wird das Projekt konkret umgesetzt**
24 **(verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell,**
25 **zeitlich)?**

26 1.Schritt: Alle Schulformen müssen die dort aufgenommenen Kinder zu einem der
27 Schulabschlüsse führen. Es gibt keine Abschulung mehr.

28 2.Schritt: In den Städten/Regionen mit Überhang des Schulwunschs Gesamtschule
29 werden andere Schulformen durch die Räte aufgelöst, bis es keinen Überhang mehr
30 gibt.

31 3.Schritt: gleiche Bezahlung, gleiche Anzahl von Pflichtstunden und gleiche
32 Beförderungsmöglichkeiten aller Lehrkräfte in den verschiedenen Schulformen

33 4.Schritt: Im Masterteil der Lehrerausbildung Wiedereinführung des
34 „Stufenlehrers“

35 5.Schritt: Alle Schulen ab Klasse 5 heißen ab 2030 Gymnasium! Es gibt nur noch
36 eine Schulform mit unterschiedlichen pädagogischen Schwerpunkten und allen
37 Abschlüssen.

38 Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

P2NEU Kita und Grundschulstart halbjährlich starten - Pilotprojekt

Antragsteller*in: Manuela Grube
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
- 2 für die Wähler*innen?
- 3 Den Beginn des Kitajahres flexibler an die Bedürfnisse der Familien anpassen.
- 4 Vorteile: familienfreundlicher, Startpunkt Berufseinstieg der Eltern flexibler
- 5 und es könnte einfacher auf die Bedürfnisse der Kinder bzgl. Ihrer individuellen
- 6 Schulreife eingegangen werden.
- 7 Dieses Modell kann dann weiter in die jahrgangsübergreifende Grundschule und
- 8 weiterführende Schule getragen werden und die SuS hätten den Vorteil, dass
- 9 besser auf ihre unterschiedlichen Lernfortschritte eingegangen werden könnte.
- 10 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“)
- 11 Kita- und Schulbildung
- 12 Voraussetzungen: welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte
- 13 bietet die Projektidee mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen?
- 14 Politisches Potential: worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen
- 15 Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?
- 16 Diversität und unterschiedliche Bedürfnisse von Familien und Kindern wahrnehmen
- 17 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
- 18 finanziell, zeitlich)?
- 19 Es würde mit einem Pilotprojekt starten, Kitabeginn/ bzw. eine Einschulung kann
- 20 auch halbjährlich stattfinden, es würden keine Zusatzkosten entstehen, sondern
- 21 nur flexibler gestaltet, sofern die Schule darauf eingestellt ist
- 22 Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.
- 23 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
- 24 Projekteinreichung optional sein)

Beschluss Engagementlernen als verbindlicher Teil der Schulcurricula von Haupt-, Real-Sekundar- und Gesamtschulen bzw. Gymnasien

Gremium: AK Engagierte Stadt
Beschlussdatum: 11.05.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 1. Projekttitel

2 Engagementlernen als verbindlicher Teil der Schulcurricula

3 2. Kurzbeschreibung des Projekts

4 Inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen? (Max 500
5 Zeichen)

6 An allen Schulen wird „Engagementlernen“ (für das 8. Schuljahr) verbindlicher
7 Teil des Kernlehrplans - als ein praktikumsartiges, zeitlich definiertes und
8 pädagogisch begleitetes Engagement für eine gemeinnützige Aufgabe (bei einem
9 Verein, einer gemeinnützigen Einrichtung o.ä.). Schulen werden mit den
10 notwendigen Ressourcen ausgestattet. Das Konzept u.a. wird partizipativ
11 entwickelt.

12 Dies ist ein wirksamer Beitrag zu Engagementförderung und gesellschaftlichem
13 Zusammenhalt.

14 3. Übergeordnetes Ziel

15 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“

16 Demokratiebildung, soziale Kompetenz; Förderung bürgerschaftlichen Engagements

17 4. Voraussetzungen

18 Welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte bietet die Projektidee
19 mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen? (max. 500 Zeichen)

20 Chancen: Schulen, die dies bislang aus Eigeninitiative und mit hohem Engagement
21 des Lehrpersonals betreiben sowie die beteiligten Schülerinnen und Schülern
22 berichten von vielfältigen positiven Effekten.

23 Angriffspunkte sind ggf. die Kosten. Es braucht eine entsprechende Finanz- bzw.
24 Personalausstattung sowie die Anrechnung auf das Deputat von Lehrkräften.
25 Zusätzlich müssen auch die Kapazitäten bei Vereinen und gemeinnützigen
26 Einrichtungen die Kapazitäten geprüft und geschaffen werden.

27 5. Politisches Potential

28 Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die
29 Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung? (max. 400 Zeichen)

30 Eine neben den Fächern wie Deutsch, Mathe, Fremdsprachen und der Verengung von
31 Sozialkunde/Sozialwissenschaften auf „Wirtschaft-Politik“ bzw. „Wirtschaft und

32 Arbeitswelt“ verpflichtende Unterrichtseinheit „Engagementlernen“ als Teil der
33 Kernlehrpläne ist ein positiver und produktiver Kontrapunkt zum immer wieder
34 aufkommenden Pflichtdienstdiskurs z.B. aus der CDU.

35 6. Umsetzung

36 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
37 finanziell, zeitlich)? (max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der
38 finalen Projekteinreichung optional sein)

39 1. Beteiligungsprozess zur Konkretisierung des Curriculums und der (schul-
40)organisatorischen Voraussetzungen
41 Zu beteiligende: Stiftung Lernen durch Engagement
42 (<https://www.servicelearning.de/>) | Schulen aus NRW, die bislang schon
43 Engagementlernen praktizieren | Schulen aller Gattungen in NRW, bei denen
44 Engagementlernen erstmals eingeführt werden würde | Schülerinnen & Schüler
45 | diverse Jugendorganisationen und gemeinnützige Dachverbände

46 2. Gesetzgebungsprozess auf der Grundlage der Beteiligungsergebnisse

47 3.1 Implementierung in den Schulen – mit besonderer Unterstützung / Begleitung
48 in den ca. ersten drei Jahren, z.B. Entwicklungen für die Fortbildung von
49 Lehrkräften an Pädagogischen Fakultäten

50 3.2 Zeitgleich Einbindung von Mittlerstrukturen und gemeinnützige Vereine,
51 Verbände und Einrichtungen in NRW, um ein flächendeckend ausreichendes Angebot
52 an Gelegenheiten zum Engagementlernen bieten zu können

53 7. Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

54 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
55 Projekteinreichung optional sein)

56 Siehe: <https://www.servicelearning.de/>

Beschluss Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und aktiver Bürgerschaft strategisch in Landeslegislative und -exekutive verankern

Gremium: AK Engagierte Stadt
Beschlussdatum: 11.05.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 1. Projekttitle

2 Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung strategisch in der
3 Landespolitik und -regierung verankern

4 2. Kurzbeschreibung des Projekts

5 Inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen? (Max 500
6 Zeichen)

7 Mit Bündnis 90 / Die Grünen in der Landesregierung, wird das Thema
8 „Bürgerschaftliches Engagement“ weiterhin in der Staatskanzlei angesiedelt, als
9 strategisch wesentliches Querschnittsthema für alle Handlungsbereiche der
10 Regierung. Zur Verstetigung und Profilierung dieses politischen Handlungsfeldes
11 wird im Landtag ein Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ (Arbeitstitel)
12 oder hilfsweise ein entsprechender Unterausschuss im Hauptausschuss des
13 Landtages eingerichtet.

14 3. Übergeordnetes Ziel

15 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“

16 Demokratieförderung, gesellschaftliche/r Innovativkraft und Zusammenhalt

17 4. Voraussetzungen

18 Welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte bietet die Projektidee
19 mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen? (max. 500 Zeichen)

20 Chancen: Dieses Vorhaben kann an gute Praktiken der Vorgängerregierung anknüpfen
21 (u.a. Engagementstrategie) und diese Entwicklung parteiübergreifend verstetigen.

22 Bei gemeinnützigen Vereinen usw. in NRW wird dies als Anerkennung und
23 Unterstützung ihrer Arbeit mit bürgerschaftlich engagierten Menschen
24 wahrgenommen werden.

25 Schwachstellen: AfD könnte diese Pläne instrumentalisieren, da sie z.B. Formen
26 direkter Demokratie fordert

27 5. Politisches Potential

28 Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die
29 Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung? (max. 400 Zeichen)

30 Die Streichung des Elements „Bürgerentscheide“ im Grünen Grundsatzprogramm hat
31 uns im Lager der direkten Demokratie (wichtige Wählerschaft der Grünen)

32 Zustimmung gekostet. Eine profilierte Verankerung des Themas in Landtag und
33 Landesregierung bringt hier ein Stück Glaubwürdigkeit zurück und bietet die
34 Möglichkeit intensiver Befassung mit den großen Themen des gesellschaftlichen
35 Zusammenhalts.

36 6. Umsetzung

37 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
38 finanziell, zeitlich)? (max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der
39 finalen Projekteinreichung optional sein)

- 40 1. Verhandlungspunkt in Koalitionsverhandlungen hinsichtlich des
41 Ressortzuschnitts der Ministerien inklusive Staatskanzlei
- 42 2. Erhalt einer Staatssekretärsstelle für bürgerschaftliches Engagement und
43 Besetzung mit einer Person mit Fachexpertise (analog Staatsrätin für
44 Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg,
45 2011 bis 2021: Gisela Erler) und Aufwertung zur parlamentarischen
46 Staatssekretärsposition mit Sitz im Kabinett
- 47 3. Einsetzung des Ausschusses durch die Landtagsmehrheit
- 48 4. Schaffung entsprechender Referent*innenstellen in allen Fraktionen
- 49 5. Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

50 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
51 Projekteinreichung optional sein)

52 Das Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung“ ist
53 aktuell in der Staatskanzlei angesiedelt. In einem partizipativen Prozess wurde
54 eine beachtliche Engementstrategie für NRW erarbeitet und Anfang 2021 von der
55 Landesregierung beschlossen.

56 Im Bundestag gibt es bislang den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
57 als Teil des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
58 (<https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/eng>). Vonseiten gemeinnütziger,
59 zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke wie das Bundesnetzwerk
60 Bürgerschaftliches Engagement (b-b-e.de) gibt es schon länger die Forderung
61 eines entsprechenden vollwertigen Ausschusses im Bundestag. Diese Forderung
62 lässt sich sinngemäß auf die Landesebene übertragen.

Beschluss Die öffentliche Verwaltung in NRW muss zeitgemäßer, effektiver und Bürger*innennäher werden.

Antragsteller*in: Michael Kaiser (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 KURZBESCHREIBUNG DES PROJEKTS, INKLUSIVE BESCHREIBUNG DES 2 ALLTAGSBEZUGS/-NUTZEN FÜR DIE WÄHLER*INNEN

3 Berufung einer Enquetekommission zur Strukturreform der Verwaltung mit dem Ziel,
4 das Verwaltungshandeln für die Umsetzung der ökologischen, sozialen und
5 digitalen Transformation zu optimieren.

6 WELCHES ÜBERGEORDNETE ZIEL SETZT DAS PROJEKT UM (Z.B. 7 VERKEHRSWENDE)?

8 Steigerung der Effizienz der Verwaltung, ohne die Standards aufzugeben.

9 CHANCEN UND SCHWACHSTELLEN/ANGRIFFSPUNKTE MIT BLICK AUF 10 WÄHLER*INNEN UND BÜNDNISPARTNER*INNEN

11 Gerechtigkeit und Wirksamkeit von beschlossenen Maßnahmen erfordern, dass die
12 öffentliche Verwaltung nicht länger ignoriert wird. Die Lösung kann weder die
13 Absenkung von Standards noch die Auflösung der Komplexität der Anforderungen
14 sein, sondern liegt in einer signifikanten Steigerung der Umsetzungseffizienz.
15 Diese Verwaltungsreform kann nicht ohne eine kompetente Einbindung der
16 öffentlichen Verwaltung und damit der beteiligten Umsetzungsebene entwickelt und
17 umgesetzt werden.

18 WORIN BESTEHT DER BEITRAG ZUR SCHÄRFUNG DES GRÜNEN PROFILS, 19 WORIN DIE MÖGLICHKEIT DER KOMMUNIKATIVEN

20 Aufbauend auf dem Konzept für eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung
21 gemäß dem Abschlussbericht der Fachgruppe Umweltverwaltung des Landesvorstandes
22 besteht zusätzlich zu dort bereits gestellten Forderungen beim notwendigen
23 Handwerkszeug in der Verwaltung zur Durchsetzung unserer Ziele
24 Optimierungsbedarf.

25 WIE WIRD DAS PROJEKT KONKRET UMGESETZT 26 (VERWALTUNGSTECHNISCH, RECHTLICH, FINANZIELL, ZEITLICH)?

27 Es soll eine Enquetekommission eingesetzt werden, die für diese
28 Verwaltungsreform mit Expert*innen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft
29 besetzt wird. Dabei geht es primär um die Verbesserung der operativen Abläufe,
30 was während der Tätigkeit der Enquetekommission in einer ausgewählten Kommune
31 als Fallbeispiel bereits getestet werden soll, um die gewonnenen Erkenntnisse von
32 Anfang an auf Ihre Praktikabilität hin zu überprüfen.

Beschluss Fördertopf für Bildungseinrichtungen und Vereine für Sachmittel, die dafür dienen strukturellen Rassismus zu beseitigen

Antragsteller*in: Manuela Grube
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Es gibt in Schulen oder Bildungseinrichtungen häufig keine Möglichkeit
2 Sachmittel ein zu werben, welche an ein Projekt gekoppelt sind oder es ist auch
3 kein Geld in den Schulen vorhanden, da die Fördervereine nicht so finanzstark
4 sind. Dies ist vor allem in strukturschwachen Bezirken und Gegenden der Fall, die
5 oft auch einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationsgeschichte aufweisen. So
6 könnten z. B.: mit diesen Geldern Hautfarbenbuntstifte (So bunt ist Deutschland)
7 angeschafft werden, damit sich alle Kinder beim Zeichnen von sich selbst und
8 Ihrer Familie wiederfinden.

9 Auch Literatur, wie „Schokolade und Sahne“, die Bücher der Reihe „Little People,
10 Big Dreams“ oder „Das Wort, das Bauchschmerzen macht“, könnten den Kinder die
11 Gemeinsamkeiten und Rollenvorbilder aufzeigen und wie sich Eltern, Lehrer*innen
12 und nicht zuletzt die Kinder selbst aktiv für ein respektvolles Miteinander
13 einsetzen, angeschafft werden.

Begründung

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“

Gleichbehandlung, Sensibilisierung von strukturellem Rassismus

Voraussetzungen: welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte bietet die Projektidee mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen?

(max. 500 Zeichen)

chancen: Sensibilisierung von strukturellem Rassismus, Wertschätzenderer Umgang mit Diversität

Schwachstellen: Finanzierbarkeit, Ungleichbehandlung von allen Schulen, wenn die Fördergelder aufgebraucht sind

Politisches Potential: worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

(max. 400 Zeichen)

Sensibilisierung von strukturellem Rassismus und Unterstützung der Kinder im Bildungssystem

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich)?

(max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der finalen Projekteinreichung optional sein)

Mithilfe eines Förderantrages, die Bewilligung könnte an eine Durchschnittseinkommenquote des Fördervereins gekoppelt werden, da in diesem Fall von einem niedrigeren Budget des Fördervereins ausgegangen werden könnte.

Beschluss Regionale (Bio-)Landwirtschaft für alle Kinder in die Lehrpläne

Gremium: AK Konsum
Beschlussdatum: 22.05.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

- 1 In allen Schulformen soll die regionale (Bio-)Landwirtschaft in die Lehrpläne
- 2 aufgenommen werden. Dazu sollen Kooperationen mit regionalen Landwirt*innen und
- 3 Erzeuger*innen aufgebaut werden, insbesondere zu Betrieben, die in der
- 4 Umstellung zum Ökolandbau sind. Ziel ist Ernährungsbildung und stärkere
- 5 Verbundenheit zur umliegenden Landwirtschaft, insbesondere der Bevölkerung, die
- 6 keinen direkten Bezug zur Landwirtschaft hat.

Begründung

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Agrarwende, regionale und ökologische Landwirtschaft, Ernährungsbildung

Chancen UND Schwachstellen/Angriffspunkte mit Blick auf Wähler*innen und Bündnispartner*innen:

Wertschätzung von Lebensmitteln und Erzeuger*innen erhöhen: Gesunde Ernährung stärker in die Bildung bringen, Regionalität fördern. Betriebe, die auf biologische Landwirtschaft umstellen fördern

Regionale Landwirtschaft ist nicht überall Bio, Bio und Umstellungsbetriebe zu bevorzugen. Infrastruktur initial aufbauen ist aufwändig, einzelne Schulen oder zumindest lokale Zusammenschlüsse müssen aktiv werden. Könnte insbesondere in vulnerablen Stadtteilen Unterstützung erfordern

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

Agrarwende betrifft alle, auch in den landwirtschaftsfernen Bereichen, und wird durch das Projekt greifbarer. Negative Folgen von konventioneller Landwirtschaft werden nachvollziehbarer.

Agrarwende ist notwendig, damit in der nahen Zukunft noch gesunde Lebensmittel verfügbar sind, Bildung hilft, alle mitzunehmen.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich? (optional)

Aufnahme in die Lehrpläne in Grund- und weiterführenden Schulen, ggf. als Bestandteil von Schulausflügen oder Projektwochen

Aufbau von Kooperationen mit passenden Betrieben mit Unterstützung der Kommunen

Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

Betriebe, die in der Umstellung auf Bio-Anbau sind, sind im Sinne dieses Projektes gleichgestellt mit Betrieben, die schon zertifiziert sind. Die explizite Nennung der Betriebe in der Umstellung zielt darauf ab, diese schwierige Phase für die Betriebe attraktiver zu machen und durch die Kooperation den Betrieben Unterstützung zukommen zu lassen.

https://www.researchgate.net/publication/281318284_SC_Farm-to-School_Programs_Encourages_Children_to_Consume_Vegetables

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Kooperation:

<https://bluehen-fuer-bildung.de/>

Beschluss Ein nachhaltiges Finanzwesen für NRW

Antragsteller*in: Sandra Schneeloch (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Ein nachhaltiges Finanzwesen für NRW

2
3 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
4 für die Wähler*innen

5
6 Die Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in NRW: mit 86
7 Instituten, Einlagen von 251 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von 230 Mrd. EUR &
8 einem Marktanteil bei von bis zu 50% spielen sie eine entscheidende Rolle in der
9 Lenkung von Geldern & somit der dringend benötigten Transformationsfinanzierung,
10 welche wir für eine starken Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Industrien
11 und Arbeitsplätzen benötigen. Das Sparkassengesetz benötigt eine Aktualisierung,
12 um Veränderung zu erzielen.

13
14 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um?

15
16 Transformation des öffentlichen Finanzsektors, Transformationsfinanzierung für
17 die Wirtschaft

18
19 Chancen UND Schwachstellen/Angriffspunkte mit Blick auf Wähler*innen und
20 Bündnispartner*innen

21
22 Eine Sparkasse im Ort hat und kennt jeder, viele führen noch immer Ihr Konto bei
23 einer Sparkasse. Die Institute sind vor Ort meist eng verwurzelt, unterstützen
24 lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. Nur an einer ökologischen
25 Transformation beteiligen sich die Sparkassen zumeist nicht = Chance auf grüne
26 Themensetzung. Bündnispartner wären leicht auf die gesellschaftliche
27 Verantwortung abzuholen. Chance als Positionierung der Grünen in harten
28 Politikfeldern wie Wirtschaft & Finanzen.

29
30 Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die
31 Möglichkeit der kommunikativen

- 32 • Wirtschaft & Finanzen insbesondere im Hinblick auf eine Engagement-
33 Strategie des Landes als aktiver Investor & Anteilseignerin
- 34 • Aufbau von Kompetenzen im Sparkassensektor
- 35 • Verbindung zu Schule & Bildung: Verankerung von Sustainable Finance in die
36 Kerncurricula der Fächer Politik & Wirtschaft, dualen Ausbildungen sowie
37 in die sozial- und betriebswirtschaftliche Hochschulausbildung und -
38 forschung

39 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
40 finanziell, zeitlich?)

- 41 • Gemeinwohlauftrag konkreter fassen, das NRW Sparkassengesetz gehört
42 überarbeitet und zur Verwirklichung der Zielstellungen aus dem Pariser
43 Klimaabkommen und der SDGs der UN genutzt
- 44 • Eine verpflichtende Frauenquote im Vorstand und Aufsichtsgremien
45 Sparkassensektor
- 46 • Verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien für Depot A/Eigenanlagen der
47 Sparkassen und Förderbanken und in Kreditportfolien
- 48 • Verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung für alle öffentlich-
49 rechtlichen Kreditinstitute inkl. klarer quantitativer Bewertungen bspw.
50 zu verursachten und eingesparten CO2 aus den Geschäftstätigkeiten
- 51 • Bedeutung der Sparkassen bei der Finanzierung von KMUs nutzen, um die
52 Transformation der regionalen Wirtschaft voranzubringen
- 53 • Mindestqualifizierung für Aufsichts-/Verwaltungsräte und Geschäftsführung
54 im Bereich Nachhaltigkeit und verpflichtende Ziele in variabler Vergütung
- 55 • konkrete Ausrichtung des Auftrags der Förderbanken und Landesbürgschaften
56 an den Zielen des Pariser Klimaabkommens

Begründung

NRWs Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in unserem Bundesland: mit 86 Sparkassen, Kundeneinlagen von 251 Milliarden EUR und einem Kreditvolumen von 230 Milliarden EUR und einem Marktanteil bei Privatkunden von bis zu 50%* spielen sie eine entscheidende Rolle in der Lenkung von Geldern und somit der dringend benötigten Transformationsfinanzierung, welche wir für einen starken Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Industrien und Arbeitsplätzen benötigen. Das Regelwerk für NRWs Sparkassen ist im Sparkassengesetz verankert, dieses ist allerdings noch zu locker, um eine wirkliche Veränderungswirkung zu erzielen. Für das kommende Landtagswahlprogramm würde ich mich gerne mit einem Passus zur Erneuerung unseres öffentlichen Finanzsektors beteiligen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich

*Zahlen per 31.12.2020

Beschluss Eine Bürger*innenenergiewende für alle

Antragsteller*in: Philipp Staudt (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
2 für die Wähler*innen

3 Max. 500 Zeichen (Aktuell: 494)

4 Die Energiewende bietet sehr unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten.
5 Insgesamt sind deutschlandweit ca. 22 MW Solarkapazität in Mieterstromanlagen
6 gemeldet gegenüber etwa 7,5 GW insgesamt unter 10 kWp (Faktor 360). Das
7 verringert die Beteiligungsmöglichkeiten an der Energiewende und gefährdet ihre
8 Akzeptanz. Stärkere finanzielle Förderung von Mieterstromprojekten (wie in
9 Thüringen) und eine Solarpflicht auf Neubauten und bei Dachsanierungen (wie in
10 Hamburg) adressieren dieses Problem.

11 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

12 Max. 80 Zeichen (Aktuell: 53)

13 Eine inklusive Energiewende, von der alle profitieren

14 Chancen UND Schwachstellen/Angriffspunkte mit Blick auf Wähler*innen und
15 Bündnispartner*innen

16 Max. 500 Zeichen (Aktuell: 451)

17 Chancen Wähler: Klares Profil zu Energiewende und Strukturwandel in NRW mit
18 zugehöriger Sozial- und Wirtschaftspolitik insbesondere wenn man Chancen für
19 Handwerker betont. Anschlussfähig damit sowohl für SPD und Linkspartei als auch
20 die CDU.

21 Angriffspunkte: Kosten können beanstandet werden. Starke Betonung des urbanen
22 Raums: Vorwurf des Vergessens ländlicher Regionen. Belastung von Eigentümern von
23 Mehrfamilienhäusern und Immobiliengesellschaften.

24 Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die
25 Möglichkeit der kommunikativen

26 Max. 400 Zeichen (Aktuell: 397)

27 Die Stärkung von Mieterstrom macht die Energiewender erreichbar für alle
28 sozialen Klassen. Hier lassen sich Ökologie und Sozialpolitik verbinden. Eine
29 stärkere Förderung von Handwerkern, die die Energiewende vorantreiben zeigt den
30 Umstieg auf eine grüne Wirtschaftspolitik. Wir machen NRW zum deutschen
31 Vorreiter bei der Energiewende (mit Blick auf aktuelle Regierung, Kohle und alte
32 Energiewelt).

33 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
34 finanziell, zeitlich)?

35 Max. 1000 Zeichen (Aktuell: 983)

- 36 · Verpflichtung zur Installation von PV auf Neubauten und bei Sanierungen mit
- 37 Aufbau eines Gerüsts
- 38 · Finanzielle Förderung für Mieterstromprojekte, wenn nachweislich nicht alleine
- 39 wirtschaftlich
- 40 · Finanzielle Unterstützung für Zählerinfrastruktur
- 41 · Finanzielle Förderung bei Ergänzung von Mieterstromprojekten mit Speichern
- 42 · Prämie für Handwerker für die Installation von PV auf Mehrfamilienhäusern
- 43 · Stärkere Förderung der entsprechenden Ausbildungsberufe
- 44 · Aufbau von Informationsportalen und Anlaufstellen für Mieterstromprojekte
- 45 · Förderung von Kosten für Gerüstbau

46 Der Mieterstrom liegt grundsätzlich beim Bund. Es gibt aber auch für Maßnahmen
47 der Länder Präzedenzfälle. Das Land NRW hat 2016 eine gezielte Förderung von
48 Mieterstromprojekten durchgeführt. Auch das Land Thüringen fördert dediziert
49 Mieterstromprojekte. Eine Solarpflicht bei Neubauten kann in Verbindung mit der
50 Förderung von Mieterstrom und entsprechenden Informationsstellen die
51 Attraktivität des Konzepts erhöhen.

52 Moser, R., Xia-Bauer, C., Thema, J., & Vondung, F. (2021). Solar Prosumers in
53 the German Energy Transition: A Multi-Level Perspective Analysis of the German
54 'Mieterstrom' Model. *Energies*, 14(4), 1188.

55 [https://www.solarserver.de/2021/01/07/rechtsverordnung-zur-hamburger-
56 solarpflicht-verabschiedet/](https://www.solarserver.de/2021/01/07/rechtsverordnung-zur-hamburger-solarpflicht-verabschiedet/)

57 [https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/minister-remmel-nrw-macht-es-vor-
58 mieterinnen-und-mieter-koennen-kuenftig-auch-von](https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/minister-remmel-nrw-macht-es-vor-mieterinnen-und-mieter-koennen-kuenftig-auch-von)

59 [https://gruene-fraktion-nrw.de/positionspapiere/positionspapier-klima-schuetzen-
60 mehr-solar-auf-die-daecher/](https://gruene-fraktion-nrw.de/positionspapiere/positionspapier-klima-schuetzen-mehr-solar-auf-die-daecher/)

61 [https://www.pv-magazine.de/2021/01/11/thueringen-128-millionen-euro-fuer-
62 photovoltaik-foerderprogramm-solar-invest-in-diesem-jahr/](https://www.pv-magazine.de/2021/01/11/thueringen-128-millionen-euro-fuer-photovoltaik-foerderprogramm-solar-invest-in-diesem-jahr/)

63 <https://www.foerderdata.de/thueringen-baut-programm-solar-invest-aus>

64 [https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokumen-
65 t/MMST17-1074.pdf;jsessionid=4937F2E22EB1229F8AB4AD34F4EB0349](https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-1074.pdf;jsessionid=4937F2E22EB1229F8AB4AD34F4EB0349)

66 [https://www.capital.de/immobilien/warum-mieterstrom-hinter-den-erwartungen-
67 zurueckbleibt](https://www.capital.de/immobilien/warum-mieterstrom-hinter-den-erwartungen-zurueckbleibt)

Beschluss Kleinere Klassengrößen – bessere Lehr- und Lernbedingungen (Kleinere Klassengrößen und ein besseres Lehrer*innen-Schüler*innenverhältnis und damit ein besseres Bildungssystem durch angemessene Investitionen)

Antragsteller*in: Pete RUTHER, Lea BEHRENBECK, Martin GÜTGEMANN, Michael KAISER

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
2 für die Wähler*innen?

3 Klassengrößen mit 32 Schüler*innen pro Klasse sind absolut üblich in NRW. Und
4 egal welches pädagogische Konzept man für Unterricht in Klassen heranzieht:
5 Damit ist keine akzeptable Lernatmosphäre und kein effektives Lernen möglich.

6 Wir fordern deshalb deutlich geringere Höchstgrenzen der Klassengrößen in NRW,
7 möglichst 25 Schüler*innen pro Klasse.

8 Ausnahmen davon müssen im Einzelfall genehmigt und kontrolliert werden. Die
9 Klassenfrequenzrichtwerte müssen ebenfalls sinnvoll angepasst werden.

10 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um

11 Ausreichende finanzielle und damit personelle Ausstattung von Bildung erreichen.

12 Voraussetzungen: welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte
13 bietet die Projektidee mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen?

14 Die Wähler*innen werden dies für (eigene) Kinder oder als selbst betroffene
15 Schüler*innen weitgehend begrüßen. Der einzige substantielle Angriffspunkt ist
16 die Gegenfinanzierung. In NRW lagen die Ausgaben 2017 pro Schüler*in bisher bei
17 6.400 Euro. Zum Vergleich: In Bayern lag der Wert 2017 bei 8.400 Euro, in
18 Sachsen-Anhalt bei 7.400 Euro und in Niedersachsen bei 7.000 Euro. NRW ist
19 Schlusslicht (!) in Deutschland bei den Ausgaben pro Schüler*in. Hier ist also
20 deutlich Luft nach oben.

21 Politisches Potential: worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen
22 Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

23 Alle reden von guter Bildung, aber wir lassen absurd hohe Klassengrößen zu. Dies
24 ist bundesweit ein Skandal, der am Ende wahrscheinlich schlimmer ist, als
25 unsanierte Schulbauten oder fehlende digitaler Endgeräte. Die GRÜNE Partei hatte
26 immer eine Vision von Bildung, die durch kleinere und akzeptable Klassengrößen
27 effektives Lernen ermöglicht.

28 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
29 finanziell, zeitlich)?

30 Klassen können bisher in NRW je nach Schulform bis zu 35 Schüler*innen pro
31 Klasse haben.

32 In der Sekundarstufe I. beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 27 Schüler*innen,
33 die aktuelle Verordnung sieht dabei eine Bandbreite von 25 bis 29 Schüler*innen
34 vor und erlaubt eine Überschreitung um bis zu fünf Schüler*innen. Damit kommt
35 man hier auf bis zu 34 Schüler*innen pro Klasse (in der Hauptschule 35
36 Schüler*innen).

- 37 Es muss daher eine erhöhte Neueinstellung von Lehrer*innen erfolgen.
38 Gleichzeitig muss mehr Werbung für Lehramtsstudiengänge gemacht werden. In der
39 Konsequenz muss auch eine Erhöhung des Lehrpersonals an den Universitäten und
40 eine Aufstockung der Räumlichkeiten an den Hochschulen erfolgen. Kurzfristig
41 stehen wegen des Überhangs an Gymnasien und Gesamtschulen ausreichend
42 Lehrer*innen zur Verfügung.
- 43 Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen in Schulbauten angepasst werden. Es
44 handelt sich um einen Prozess, der in einem Zeitraum von 5 Jahren begonnen und
45 auch umgesetzt werden kann.

Begründung

Wir wollen eine ausreichende finanzielle und damit personelle Ausstattung von Bildung erreichen. Die Wähler*innen werden dies für (eigene) Kinder oder als selbst betroffene Schüler*innen weitgehend begrüßen. Der einzige substantielle Angriffspunkt ist die Gegenfinanzierung. In NRW lagen die Ausgaben 2017 pro Schüler/Schülerin bisher bei 6.400 Euro. Zum Vergleich: In Bayern lag der Wert 2017 bei 8.400 Euro, in Sachsen-Anhalt bei 7.400 Euro und in Niedersachsen bei 7.000 Euro. NRW ist Schlusslicht (!) in Deutschland bei den Ausgaben pro Schüler/Schülerin. Hier ist also deutlich Luft nach oben und das Geld mehr als sinnvoll investiert.

Alle reden von guter Bildung, aber wir lassen absurd hohe Klassengrößen zu. Dies ist bundesweit ein Skandal, der am Ende wahrscheinlich schlimmer ist, als unsanierte Schulbauten oder fehlende digitaler Endgeräte. Die Grüne Partei hatte immer eine Vision von Bildung, die durch kleinere und akzeptable Klassengrößen effektives Lernen ermöglicht.

Klassen können bisher in NRW je nach Schulform bis zu 35 Schüler*innen pro Klasse haben. In der Sekundarstufe I. beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 27 Schüler*innen, die aktuelle Verordnung sieht dabei eine Bandbreite von 25 bis 29 Schüler*innen vor und erlaubt eine Überschreitung um bis zu fünf Schüler*innen. Damit kommt man hier auf bis zu 34 Schüler*innen pro Klasse (in der Hauptschule 35 Schüler*innen).

Es muss daher eine erhöhte Neueinstellung von Lehrer*innen erfolgen. Gleichzeitig muss mehr Werbung für Lehramtsstudiengänge gemacht werden. In der Konsequenz muss auch eine Erhöhung des Lehrpersonals an den Universitäten und eine Aufstockung der Räumlichkeiten an den Hochschulen erfolgen, sodass der NC sinkt und mehr Studienplätze zur Verfügung stehen. Kurzfristig stehen wegen des Überhangs an Gymnasien und Gesamtschulen ausreichend Lehrer*innen zur Verfügung.

Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen in Schulbauten angepasst werden. Es handelt sich um einen Prozess, der in einem Zeitraum von 5 Jahren begonnen und auch umgesetzt werden kann.

Beschluss NRWs Dächer müssen "grüner" werden

Antragsteller*in: Heike Havermeier, Marc Kersten, Maximilian Ruta
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
2 für die Wähler*innen?

3 (Max 500 Zeichen)

4 Wir müssen auch beim Bau von Gebäuden die Potenziale zum Klimaschutz
5 ausschöpfen. In Zukunft soll jedes neue Haus in NRW nachhaltig begrünt und/oder
6 mit einer Solaranlage ausgestattet werden. Fehlen Bauherren eigene Mittel dazu,
7 halten wir diese zu einer Untervermietung ihrer Dächer an geeignete Investoren
8 an. So erhöhen wir den Anteil klimagerechter Häuser, insbesondere in
9 Großstadtlagen und den Anteil regenerativer Energie. Das wäre ein Schritt zur
10 ökologisch-sozialen Transformation NRWs.

11 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“)

12 • Energiewende

13 Voraussetzungen: welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte
14 bietet die Projektidee mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen?

15 (max. 500 Zeichen)

- 16 • konkrete Maßnahme für ökologische Transformation, die einen in der
17 Klimadiskussion oft vernachlässigten aber großen Komplex angeht
- 18 • klimagerechtes Bauen mit Dach- und Fassadenbegrünung kann als dringend
19 notwendiges Umsteuern für erträgliche Lebensbedingungen vor allem in
20 hitzebelasteten Großstädten angepriesen werden
- 21 • langfristig sorgt die Maßnahme für eine Verringerung der Energiekosten
- 22 • Energieversorger werden womöglich instinktiv über Bürokratie klagen und
23 einen Eingriff in ihre Autonomie sehen.

24 Politisches Potential: worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen
25 Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

26 (max. 400 Zeichen)

- 27 • Menschenleben vor Hitzetod retten
- 28 • Grüne bewahren "kühlen Kopf"

29 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
30 finanziell, zeitlich)?

31 (max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der finalen Projekteinreichung
32 optional sein)

- 33 Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.
- 34 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
- 35 Projekteinreichung optional sein)

Beschluss Soziale Erhaltungssatzungen mit Biss

Antragsteller*in: Marc Kersten, Maximilian Ruta
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen
2 für die Wähler*innen?

3 (Max 500 Zeichen)

4 Wir wollen die Bürger:innen NRW vor unangemessenen Mietsteigerungen schützen
5 und deshalb das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzungen ausweiten und
6 effektiver gestalten. Das von der schwarz-gelben Landesregierung abgeschliffene
7 Gesetz muss wirksam vor Luxussanierungen schützen, eine Aufteilung, Umnutzung
8 oder Umwandlung in Eigentum unter Vorbehalt stellen. Den Kommunen sind hierfür
9 schnellere und notwendige Eingriffsbefugnisse zu geben. Das wäre ein Mosaikstein
10 zu bezahlbarem Wohnen in NRW.

11 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“)

12 • Bezahlbares Wohnen sichern

13 Voraussetzungen: welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte
14 bietet die Projektidee mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen?

15 (max. 500 Zeichen)

16 • Wir helfen Niedrigverdiener:innen konkret, weiter in ihrem Quartier leben
17 zu können

18 • Nachbarschaften und soziale Zusammenhänge werden erhalten

19 • Wir reduzieren den Wohngeldbedarf

20 • Wir stabilisieren die Mietspiege

21 • hoher Verwaltungsaufwand und lange Vorplanungszeiten (Angriffspunkt)

22 Politisches Potential: worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen
23 Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

24 (max. 400 Zeichen)

25 • Wir nehmen den Menschen die Angst vor Wohnraumverlust

26 • Wir nehmen es mit den Spekulanten auf

27 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
28 finanziell, zeitlich)?

29 (max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der finalen Projekteinreichung
30 optional sein)

31 Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

- 32 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
- 33 Projekteinreichung optional sein)